

Zukunft eine Garantie für den Absatz seiner Erzeugnisse, sei es vom Acker oder aus dem Stall, hat. Unter diesen Bedingungen und mit dieser Bereitschaft stimmen wir dem Gesetz zu, weil wir damit die wesentlichsten Voraussetzungen für die Steigerung der Erträge auf den Friedensstand im Jahre 1950 schaffen können.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Wortmeldungen zum Punkt 3 der Tagesordnung liegen nicht mehr vor. Ich schließe demgemäß die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über das Gesetz über Maßnahmen zur Erreichung der Friedenshektarerträge, Drucksache Nr. 40. Dazu liegt der Antrag des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft vor, der von dem Ausschußvorsitzenden, Abgeordneten Scholz, unterzeichnet ist, verschiedene Änderungen in der Vorlage Nr. 40 vorzunehmen, der Antrag Drucksache Nr. 45, der vorhin begründet worden ist. Da es sich um einen Abänderungsantrag handelt, lasse ich zunächst über ihn abstimmen.

Ich mache weiter davon Mitteilung, daß die Provisorische Regierung dem Hause mitgeteilt hat, daß der Gesetzentwurf selbst durch einen weiteren Paragraphen 42 folgenden Inhalts zu ergänzen ist:

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft. Ich bitte, diese Ergänzung in die Vorlage Drucksache Nr. 40 aufnehmen zu wollen.

Ich lasse nunmehr zunächst über den Abänderungsantrag Drucksache Nr. 45 abstimmen. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die diesem Abänderungsantrag ihre Zustimmung geben wollen, um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Das ist nicht der Fall. Der Abänderungsantrag ist angenommen.

Ich lasse nunmehr über die ursprüngliche Vorlage Drucksache Nr. 40 abstimmen, die durch Ihren soeben gefaßten Beschluß entsprechend abgeändert worden ist und durch meine eben gemachte Mitteilung eine Ergänzung dahingehend erfahren hat, daß ein neuer § 42 mit dem bekanntgegebenen Wortlaut angefügt worden ist. Wer dem gesamten Gesetz in dieser Form nunmehr seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Stimmenthaltungen? — Ich stelle fest, daß auch dieses Gesetz die einstimmige Billigung und Zustimmung der Provisorischen Volkskammer gefunden hat.

(Beifall)

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung. — Ich bitte die Damen und Herren, nach der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes noch im Hause zu verweilen, weil vom Präsidium noch einige wichtige Mitteilungen über die morgige Sitzung und die sonstige Arbeit der Volkskammer zu machen sind. — Der Punkt 4 der Tagesordnung sieht vor:

Beratung und Beschlußfassung über das Gesetz über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit (Drucksache Nr. 41).

Es ist von keiner Fraktion des Hauses Ausschußberatung über dieses Gesetz beantragt. Infolgedessen kann, das Gesetz, wenn eine solche Ausschußberatung nicht noch jetzt beantragt werden sollte, ohne Ausschußberatung in der heutigen Sitzung verabschiedet werden.

Das Gesetz wird seitens der Regierung durch den Minister des Innern, Herrn Dr. Steinhoff, begründet werden. Ich darf den Herrn Minister des Innern bitten, das Wort zu nehmen.

Minister Dr. Steinhoff (Min. d. Innern):

Meine Damen und Herren! In den letzten Monaten erhielten die zuständigen Regierungsstellen in erhöhtem

Maße Mitteilungen über Sprengungen in volkseigenen Betrieben und Werken, im Verkehrswesen wie auch auf volkseigenen Gütern und auf Neubauerngehöften. Ebenso wurde eine Zunahme der Tätigkeit von Spionen, Diversanten und Saboteuren festgestellt. Demzufolge forderte die Regierung am 26. Januar 1950 den Vorsitzenden der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle, den Chef der Hauptverwaltung der Kriminalpolizei und den Chef der Hauptverwaltung zum Schutz der Volkswirtschaft zur informativischen Berichterstattung über die Tätigkeit feindlicher Elemente auf dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik auf. Die detaillierten Berichte, deren wesentlichen Inhalt Site aus der Presse entnommen haben werden, ergaben den Beweis für die Tätigkeit verbrecherischer Elemente im Auftrage und unter direkter Anleitung durch die englisch-amerikanischen Imperialisten und ihre Handlanger.

Die verbrecherische Tätigkeit dieser Elemente richtet sich gegen alle wahrhaften Kämpfer der Nationalen Front, denen der Friede und eine glückliche Zukunft unseres deutschen Vaterlandes am Herzen liegen. Die Spionage-, Diversionen- und Sabotageakte gefährden aber nicht nur den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung der Deutschen Demokratischen Republik, sondern sie sind auch geeignet, den Frieden zu gefährden, dadurch, daß sie direkt oder indirekt Anlaß für neue kriegerische Verwicklungen bieten können. Sie sind deshalb in jedem Sinne gegen unsere demokratische Ordnung, gegen den Wirtschaftsplan, gegen das Bestehen der Deutschen Demokratischen Republik und gegen die Friedenspolitik gerichtet. Die Deutsche Demokratische Republik bedeutet die Basis zur Schaffung eines einheitlichen demokratischen Deutschlands. Die Deutsche Demokratische Republik vertritt konsequent die vaterländischen Interessen aller wahrhaft deutschen Patrioten. Die Regierung kann daher eine Lage nicht zulassen, die gegen die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes gerichtet ist. Sie trägt die Verantwortung nicht nur für das Wohl und Wehe der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik in der Zone, sondern gemäß ihrem Auftrag für ganz Deutschland.

Der Ministerrat faßte deshalb einmütig den Beschluß über die Abwehr von Sabotage. Gleichzeitig beschloß der Ministerrat einstimmig, im Hinblick auf Umfang und Bedeutung der zu lösenden Aufgaben der Provisorischen Volkskammer das Ihnen vorliegende Gesetz zur Umbildung der bisher dem Ministerium des Innern unterstellten Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft in ein Ministerium für Staatssicherheit zur Annahme zu empfehlen.

Die hauptsächlichsten Aufgaben dieses Ministeriums werden sein, die volkseigenen Betriebe und Werke, das Verkehrswesen und die volkseigenen Güter vor Anschlägen verbrecherischer Elemente sowie gegen alle Angriffe zu schützen, einen entschiedenen Kampf gegen die Tätigkeit feindlicher Agenturen, Diversanten, Saboteure und Spione zu führen, einen energischen Kampf gegen Banditen zu führen, unsere demokratische Entwicklung zu schützen und unserer demokratischen Friedenswirtschaft eine ungestörte Erfüllung der Wirtschaftspläne zu sichern. Zur Durchführung dieser Aufgaben bildet das Ministerium in den Ländern Verwaltungen für Staatssicherheit, die dem Ministerium unmittelbar unterstellt sein werden. Durch die Umbildung der bisherigen Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft in ein selbständiges Ministerium für Staatssicherheit wird die Garantie für eine demokratische und friedliche Entwicklung unserer deutschen Heimat gegeben sein. Namens der Regierung bitte ich Sie um Annahme des Gesetzes.

(Beifall)